

AL Info⁵/₁₅

3 David Garcia erzählt im Interview mit Corin Schäfli über die LGBT-Bewegung und darüber was, sein Beruf als Psychiater damit zu tun hat.

5 Niggi Scherr schreibt über Menschen und Banken, Umverteilung, Immobilienhaie und was am Steuersystem ungerecht ist.

6 Andreas Kirstein kommentiert die geplante Ausgliederung des ewz und erklärt, warum der Energiesektor öffentlich bleiben soll.

AZB
CH-8026 Zürich
Post CH AG

Am 18. Oktober 2015 Liste 19 einwerfen!

Seit der Wahl von Richi Wolff in den Stadtrat von Zürich hat die AL als einzige links-grüne Partei in jeder Wahl zugelegt. Im Gemeinderat Zürich und im Kantonsrat konnten wir unsere Sitzzahl jeweils fast verdoppeln.

Die AL war seit jeher unbequem und unbestechlich, heute gilt sie auch als die glaubwürdige Kraft des rot-grünen Spektrums. Wir sind nicht verbandelt mit der Macht, schauen dem eigenen Stadtrat auf die Finger und beten nicht alles gesund, was der Staat macht. Wir haben genug Distanz zur Macht, um Nein zu sagen, auch wenn dies nicht immer dem Zeitgeist entspricht. So lehnen wir den in Watte verpackten Vorschlag zur Ausgliederung des EWZ ab, weil dies der erste Schritt zur Privatisierung des Leitungsnetzes ist. Gegen den ungesetzlichen Einsatz von Staatstrojanern durch die Kantonspolizei haben wir sofort Stellung bezogen und Aufklärung eingefordert. Wir sagen aber auch klar, was uns bei der Stadtpolizei Zürich nicht passt.

Die AL ist aber nicht bloss erfrischend radikal. Sie ist auch kreativ.

Wir haben früh verlangt, dass Planungsmehrwerte – wie z.B. in Zürich-West oder in der Europaallee – abgeschöpft werden und der Staat nicht für die öffentliche Erschliessung und Infrastruktur zahlen muss, während die Privaten die Gewinne einstreichen.

Radikalität und Kreativität ist auch in Bern gefragt. Es gilt, sich Gehör zu verschaffen. Sowohl im Gemeinderat als

auch im Kantonsrat habe ich immer wieder erreicht, dass die Argumente der AL im Rat gehört werden. Im Nationalrat stehen wichtige Themen an: Mieten, Arbeitsplatzsicherheit, Abschaltung der AKW, Rentenausbau, keine Steuerergeschenke an Unternehmer und Gutverdienende.

Besonders am Herzen liegt mir, dass die Grundrechte kompetent verteidigt werden. Die Linke darf nicht wegen des grassierenden Sicherheitswahns elementare Freiheitsrechte preisgeben. Der Staat darf und soll nicht alles wissen. Dafür werde ich in Bern eintreten.

Die Chancen stehen gut, dass die AL mit mir am 18. Oktober 2015 den zusätzlichen Zürcher Nationalratsitz gewinnt.

Erreichen wir dasselbe Resultat wie bei den Kantonsratswahlen, holen wir uns das Mandat. Nützlich wählen, heisst AL wählen. Die AL ist in eine breite rot-grüne Listenverbindung eingebettet; damit

wird das linksgrüne Stimmenpotential optimal gebündelt und keine AL-Stimme ist eine verlorene Stimme.

Unbequem–unbestechlich–links! Am 18. Oktober 2015 Liste 19 der AL unverändert wählen!

**Markus Bischoff,
Nationalratskandidat**

Unbestechlich links.

mit **Markus Bischoff**

Walter Angst

Katharina Gander

David Berger

Ezgi Akyol

Maria Eisele

Niggi Scherr

Markus Bischoff

Facebook

nation AL'rat Liste 19

Parolen und Positionen

Abstimmungen vom 22. Nov. 2015:

BUND

Keine Abstimmung

KANTON ZÜRICH

Limmattalbahn

Stimmfreigabe

STADT ZÜRICH

Keine Abstimmung

LISTENVERBINDUNGEN

Die AL geht mit den Grünen, der SP, der Liste Kunst und Kultur und der Zentrumsparterie Listenverbindungen ein.

STÄNDERATSKANDIDATUR

Die AL hat beschlossen, keine(n) StänderatskandidatIn aktiv zu unterstützen.

WOHNINITIATIVE MIETERVERBAND

Die Wohninitiative des Mieterverbandes wurde an der VV einstimmig gutgeheissen und zur Unterstützung empfohlen.

NACHRICHTENDIENSTGESETZ

Die Unterschriftensammlung für das Referendum wird diesen Winter stattfinden. Die AL ist dabei.

Finanzen

Wir möchten unser Wahlkampfbudget von CHF 110'000 vollständig finanzieren. Bis zum 12. Oktober die AL auf wemakeit.ch unterstützen und ein Geschenk abholen oder wie gewohnt auf PC 87- 63 811- 5
IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5
Vielen Dank!

Termine

Sonntag, 18. Oktober: AL-Wahlfeier.
Einladung folgt.

Dienstag, 27. August: 19 Uhr AL-Vollversammlung.

Impressum

Alternative Liste (AL)
Postfach 1005, 8026 Zürich, al-zh.ch
Sekretariat Dayana Mordasini
Molkenstr. 21, 8004 Zürich
sekretariat@al-zh.ch
Tel. 044 242 19 45
IBAN CH53 0900 0000 8706 3811 5
Erscheint 4 bis 6 mal jährlich
Auflage/Druck 2200 Ex.,
Druckerei Nicolussi, Zürich
Layout Corin Schäfli, Dayana Mordasini
Redaktion Dayana Mordasini, Corin Schäfli, Niklaus Scherr.

Kinderbetreuung – Die Lösung!

Was ist ein guter Krippenplatz und wieviel kostet gute Kinderbetreuung? Wie sieht es heute mit den Arbeitsbedingungen des Betreuungspersonals aus? Darüber diskutierten an einem AL-Podium am 17. September Maria Eisele, Walter Angst, Martina Flühmann, Talin Stoffel und Theres Hofmann.

Obwohl es im Kanton Zürich mittlerweile viele Kita-Plätze gibt, bezahlbar sind sie noch lange nicht. Ein Tag in einer Krippe kostet rund 111 Franken, etwa gleich viel wie in den Nachbarländern. Dort müssen allerdings die Eltern maximal 25% der Kosten tragen, im Kanton Zürich sind es 66 %. Das schenkt ein und hier hält die AL mit ihrer Initiative «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle» eine Lösung bereit (siehe AL-Info 1502), die Finanzierung soll ein drittes Standbein bekommen, die Unternehmen. Es ist ein volkswirtschaftliches Anliegen, dass Mütter und Väter nach einer allfälligen Elternzeit rasch wieder ins Berufsleben einsteigen. Alle profitieren davon. Deshalb ist es nur recht, wenn sich die Wirtschaft auch an der Finanzierung beteiligt.

Starke Allianz – erfolgreiche Kampagne

Damit wir im Frühjahr 2016 die Abstimmung gewinnen können, hat ein Kampagnenteam bereits die Arbeit aufgenommen. Als erstes hat es die erwähnte Veranstaltung organisiert, bei der erstmals ExponentInnen von Verbänden, vpod und AL gemeinsam die anstehenden Probleme diskutiert haben. Einig war frau sich, dass die Initiative der AL in die richtige Richtung geht und ein Erfolg wichtig und nötig ist. Talin Stoffel, Verband Kinderbetreuung Schweiz, hob hervor, dass neben den Eltern, auch der Staat und die Wirtschaft von der Kinderbetreuung profitieren. Letztere bis heute allerdings ohne finanzielle Beteiligung. Theres Hofmann, Familienservice, gab zu bedenken, dass einige Unternehmen viel Geld in die Kinderbetreuung stecken und dadurch ihre Attraktivität als Arbeitgeber steigern. Solche Bemühungen dürften auch mit der Initiative nicht torpediert werden. Walter Angst betonte, dass die Initiative das berücksichtige und finanzielle Beiträge der Firmen angerechnet werden könnten. Martina Flühmann, vpod, plädierte im Prinzip für eine Vollfinanzierung durch die öffentliche Hand; angesichts der realen Verhältnisse sei aber die Mitfinanzierung durch die Firmen ein Schritt in die richtige Richtung.



Die zusätzlichen Gelder sollten aber nicht nur in den Ausbau, sondern vor allem auch in die Qualität der Betreuung gesteckt werden, namentlich in bessere Arbeitsbedingungen für das Personal.

Für eine erfolgreiche Kampagne müssen wir vermeiden, dass eine ideologische Diskussion zur Frage der Notwendigkeit der Kinderbetreuung geführt wird, sondern betonen, dass Gelder für die Kinderbetreuung eine gute Investition sind. Pro 10 000 Franken Lohnsumme 20 Franken in einen Fonds zur Kinderbetreuung einzuzahlen, fordert keine grossen Opfer. Die überzeugenden Auftritte machen Hoffnung auf eine breit abgestützte Kampagne mit erfolgreichem Ausgang.

Dayana Mordasini

we!make!it!

Again! Wir möchten 20'000 Franken der 110'000 Franken Wahlbudget über die Plattform wemakeit.ch zu generieren. Diese Plattform hat uns bereits als erfolgreiches Fundraising für den Regierungsratswahlkampf im letzten Frühling gedient. Auch diesmal erhalten Spenderinnen und Spender für ihren Beitrag einen Gegenwert. Als Besonderheit haben wir diesmal sogenannte «Charity-Geschenke» eingeführt: so kann zum Beispiel für eine Spende eine gratis Rechtsberatung für Personen mit wenig Einkommen gekauft werden. Und natürlich lädt Markus Bischoff auch diesmal zum Essen ein, es gibt Märchenstunden, Spielnachmittage, Diavorträge und die beliebten Schlagzeugstunden. Vielen Dank

für deine Unterstützung.
<https://wemakeit.com/projects/markus-bischoff-nach-bern>



David Garcia im Gespräch



Wir sind in der Schweiz sehr rückständig bezüglich der Rechte sexueller Minderheiten. Woran liegt das?

Generell ist die Schweiz sehr langsam bei der Übernahme und Umsetzung von zivilen und sozialen Rechten. Wir sind in dieser Hinsicht ein sehr konservatives Land. Wenn man sich daran erinnert, wie spät und unter welchem Zwang die Schweiz die Frage des Frauenstimmrechts gelöst hat, so erstaunt es nicht, dass sich die breite helvetische Öffentlichkeit bis vor nicht allzu langer Zeit unwillig zeigte, sich mit der Situation von homo- und bisexuellen Menschen bzw. von Transmenschen auseinanderzusetzen.

Also muss die Schweiz in Rückständigkeit verharren?

Nein. Gesellschaften reagieren nicht immer logisch oder konsequent und können auch tradierte Sichtweisen revidieren. Diese Sichtänderung erfolgt gelegentlich auch sprunghaft. Wie zum Beispiel in Spanien oder Irland, zwei sehr katholische Länder, die den Ehebegriff auch für die LGBT-Gemeinschaft geöffnet haben. Oft scheitert der Fortschritt auch nicht am bösen Willen, sondern aus Ungeschick. Zum Beispiel hat die SP im Nationalrat eine Parlamentarische Initiative eingereicht zur Ausweitung des Straftatbestandes der Rassendiskriminierung auf sexuelle Orientierung. Dies insbesondere, um Hassreden gegen Homo- und Bisexuelle zu pönalisieren. Dasselbe Recht für Transmenschen durch explizite Erwähnung von Geschlechtsidentität einzufordern ging bei dieser Aktion vergessen.

Was hat dein Beruf mit deinem politischen Engagement zu tun?

An meiner Stelle am Universitätsspital Basel begleite ich Personen, die sich auf dem Weg zu einer Geschlechtsanpassung befinden.

Bekommen eigentlich auch Leute, die einfach eine Schönheitsoperation machen wollen, erst einmal einen Psychiater oder gilt das nur für Leute, die eine Geschlechtsumwandlung

machen wollen?

Es heisst Geschlechtsanpassung. Weil es darum geht, den Körper auf die bereits bestehende Geschlechtsidentität anzupassen. Immer wieder wird behauptet, Transpersonen würden ihr Geschlecht verändern oder gar selbst wählen. Das stimmt nicht. Im Rahmen einer Transition verändern Menschen ihren Körper, damit sie sich darin besser fühlen und vor allem, damit andere sie auf eine korrekte Art und Weise wahrnehmen und ansprechen können. Aber zurück zur Schönheitschirurgie: Nein, das ist nicht der Fall. Wenn sich zum Beispiel eine Frau die Brüste vergrössern lassen will, braucht sie dazu keine psychiatrische Voruntersuchung. Für die Geschlechtsanpassung hingegen muss man erst durch einen Prozess von Vorabklärungen gehen. Was auch zeigt, dass das Phänomen Trans in diesem System nach wie vor pathologisiert wird, während Schönheitsoperationen bagatellisiert und gehandhabt werden wie Piercings oder Tattoos.

Welche Organisationen der Bewegung sind dir wichtig?

Pink Cross, den Verband schwuler und bisexueller Männer, finde ich persönlich einen sehr wichtigen Partner. Er ist sehr gut mit dem Lesbendachverband der Schweiz (LOS) und dem Transgender Network Switzerland (TGNS) verlinkt. Momentan versuchen alle diese Organisationen beispielsweise ein medizinisches Netzwerk für LGBT Personen auf die Beine zu stellen. Das ist besonders wichtig, da viele meiner Kolleginnen und Kollegen in der Medizin kein LGBT-spezifisches Wissen besitzen und spezifische Fragen dieser Gruppe, z.B. hinsichtlich Transition, assistierte Reproduktion oder übertragbare Geschlechtserkrankungen, schlichtweg nicht beantworten können. Das ist eine strukturell gewollte Unterversorgung dieser Personen in unserem Land, welche diese Organisationen akut beheben wollen. Mittel- bis langfristig muss die Politik, sprich die AL, dafür kämpfen, dass diese «Andersbehandlung der anderen», sprich diese Diskriminierung aufhört.

Interview: Corin Schäfli

Mehr von David findet ihr auf al-zh.ch



AL Buchtipp

Niggi Scherr empfiehlt:



Wolfgang Streeck: Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. 2013. ISBN 978-3-518-58592-4.

Zwei Jahre vor dem neoliberalen Putsch der Eurogruppe gegen die demokratisch gewählte Syriza-Regierung geschrieben, vermittelt das Buch wichtige Erkenntnisse über die ideologischen Grundlagen der aktuellen EU-Politik. Der ehemalige Direktor des Max-Planck-Instituts analysiert die Entwicklung der EU vom sozialpartnerschaftlich orientierten Steuerstaat der Nachkriegszeit über den neoliberal inspirierten Schuldenstaat der Reagan/Thatcher-Ära bis zum zunehmend autoritäreren Konsolidierungsstaat von heute, der praktisch keine abweichenden demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten mehr zulässt. Höchst lesenswert seine Analyse der EU als strukturelle «Liberalisierungsmaschine» im Sinne Hayeks und seine scharfe Kritik an sozialdemokratischen Reformillusionen («mehr Europa»), wie etwa von Habermas.



Heiner Flassbeck: Costas Lapavistas: Nur Deutschland kann den Euro retten. Der letzte Akt beginnt. 2015. ISBN 978-3-86489-096-3.

Flassbeck, seinerzeit Staatssekretär unter Oskar Lafontaine und erklärter Keynesianer, und Lapavistas, heute als Syriza-Dissident bei der neuen «Volkseinheit» analysieren die Zentrum-Peripherie-Problematik der Eurozone. Sie zeigen, wie der stärkste Player und «Exportweltmeister» Deutschland mit seinen enormen Aussenhandelsüberschüssen die wirtschaftlich schwächeren Mitglieder der Eurogruppe abdrängt, da diese mangels einer eigenen Währung nicht mehr abwerten und damit ihre Konkurrenzfähigkeit verbessern können. Ihnen bleibt nur noch die «innere Abwertung», sprich drastische Lohnsenkungen und eine rigide Austeritätspolitik, wie sie Griechenland seit 2010 aufoktroziert wird. Das Buch enthält auch ein Alternativszenario für Griechenland, das wegen der EU-Vetopolitik bisher leider Wunschdenken geblieben ist...

Rettet den Staat vor dem Ertrinken in der Datenflut!

BÜPF – das klingt wie ein Internet-Akronym à la LOL oder ROFL oder eine unbeabsichtigte Lautäusserung des Körpers. Mit Nerds befreundete Facebook-UserInnen oder aufmerksame ZeitungsleserInnen werden aber wissen, dass es irgendwas mit Internet, Überwachung und solchen Dingen zu tun hat. Die Abkürzung steht für Bundesgesetz betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs. Die bestehenden Gesetze sollen revidiert werden, damit nun auch wieder zeitgemäss überwacht werden kann. Die wichtigsten Punkte betreffen den Einsatz von Staats-Trojanern, die Regelung der Vorratsdatenspeicherung sowie die Mitwirkungspflicht von Privaten und Firmen

Der Staatstrojaner

Windows-BenutzerInnen können ein Lied davon singen: Trojaner nerven! Über Trojaner verschaffen sich Kriminelle Zugriff auf einen Computer, können Daten stehlen und den Computer steuern. Ein Instrument, das auch die Polizei gern einsetzen möchte. Die aktuelle Regelung zum Einsatz ist unklar und umstritten. Das hindert die Polizei aber nicht, schon jetzt Trojaner zu beschaffen. Ein Beispiel ist der Skandal um den Kauf einer Trojaner-Software durch die kantonalen Zürcher Behörden. Er zeigt exemplarisch die Probleme, die ein Trojaner mit sich bringt.

Der bei einer externen Firma gekaufte Trojaner hatte ein Backdoor, einen elektronischen Hintereingang, eingebaut, mit dem die Firma selber auf die befallenen Computer zugreifen konnte. Es liegt in der Natur der Sache, dass ein Trojaner bestehende Sicherheitslücken ausnützen und selber ein Tor für den Fernzugriff öffnen muss. Um den Trojaner erfolgreich ins Ziel zu setzen, müssen bisher unbekannte Sicherheitslöcher gefunden werden. Hinweise dazu erhält man auf dem Schwarzmarkt, womit direkt kriminelle Milieus mitfinanziert werden.

Die Vorratsdatenspeicherung

Bei der Vorratsspeicherung werden die Verbindungsdaten gespeichert. Dabei wird aufgezeichnet, wer wann mit wem wo kommuniziert hat. Darunter fällt, wann sich welcher Computer ins Internet eingeloggt hat, mit wem telefoniert oder wem eine E-Mail geschickt wurde. Bisher wurden diese Daten sechs Monate gespeichert, neu sollen es zwölf Monate sein.

Internet- und Telefonprovider sind verpflichtet, diese Daten aufzuzeichnen. Damit wird die Überwachung auf Vorrat weiter ausgedehnt. Mittels der Daten sind komplette Bewegungsprofile möglich. Noch problematischer wird die Speicherung, wenn parallel im neuen Nachrichtendienstgesetz (NDG) die Geheimdienste direkten Zugriff auf alle so gespeicherten Daten erhalten. Dann geht es nicht mehr nur um die Aufklärung von Verbrechen, sondern um die geheimdienstliche Überwachung der Bevölkerung – flächendeckend, auf Knopfdruck! Der Europäische Gerichtshof hat für die EU bereits eine sechsmontatige Vorratsspeicherung als Verstoß gegen Grundrechte für unzulässig erklärt.

Die Pflicht zur Mithilfe

Bisher waren nur grosse Anbieter wie Internet- und Telekommunikationsprovider zur Zusammenarbeit verpflichtet. Neu sind auch Betreiber von Foren oder E-Mail-Anbieter in der Schweiz angehalten, Daten aufzuzeichnen. Das bedeutet einen massiven Mehraufwand für diese meist kleineren Anbieter. Die grosse Konkurrenz sitzt im Ausland und ist von den Auflagen nicht betroffen, was automatisch zu einem grossen Wettbewerbsnachteil für lokale IT-Unternehmen führt. Offen ist noch, was diese Reglementierungen für kleinere Anbieter von Netzzugängen bedeutet. Mit dem neuen Gesetz wäre es möglich, bei allen öffentlichen W-LAN eine Registrierungspflicht einzuführen. Eine Bar kann dann nicht mehr einfach einen W-LAN-Router aufstellen und das Passwort den Kunden mitteilen, sondern müsste eine Registrierungsmöglichkeit einbauen – für viele kleine Beizen und Hotels ein massiver technischer und finanzieller Aufwand. Konsequenterweise müsste dann im Internet-Café der Ausweis gezeigt werden. Darf der WG-Mitbewohner nur noch gegen Vorweisen des Passes meinen Laptop benutzen – wie in einem weissrussischen Internetcafé? Hier zeigt sich, wie absurd die Überwachungsbestrebungen sind und was für seltsame Blüten die Datensucht der Behörden treiben kann.

Nein zum BÜPF und Nein zum NDG

Die Revision schiesst mehrfach über das Ziel hinaus. Es bringt eine vorsorgliche Total-Überwachung aller Personen. Dabei wird tief in den privaten Raum

eines Jeden eingedrungen und es sollen Technologien eingesetzt werden, die höchstbedenklich sind und neue Sicherheitsprobleme schaffen. Dass nach all den Skandalen der letzten Jahre ein solches Gesetz vorgeschlagen wird, zeigt, dass die politischen Entscheidungsträger sich nicht um die Realitäten und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger kümmern – oder sie schlicht nicht verstehen. Bezeichnend, dass praktisch alle Jungparteien von links bis rechts gegen das BÜPF sind – die Jüngeren leben im Hier und Jetzt und sind sich der Risiken der Überwachung bewusst, während die ältere Generation scheinbar nur eine Antwort auf die Risiken der Vernetzung hat: möglichst viel überwachen. Retten wir sie vor dem Ertrinkungstod in der Datenflut und bekämpfen wir das BÜPF und das Nachrichtendienstgesetz!

David Berger

Wie weiter mit dem Referendum?

Lange Zeit sah es so aus, als würde das BÜPF in der Herbstsession behandelt und am 25. September in der Schlussabstimmung verabschiedet; ob das themenmässig verwandte Nachrichtendienstgesetz (NDG) ebenfalls fertig wird, war unsicher. Nun kommt es wohl genau umgekehrt: In der Herbstsession wird das NDG als erstes verabschiedet. Die Referendumsfrist beginnt am 6. Oktober und beträgt 100 Tage, wobei in dieser Zeit die Unterschriften auch beglaubigt werden müssen. Das NDG soll dem Geheimdienst die Überwachung des grenzüberschreitenden Internetverkehrs (also z.B. Google-Anfragen) sowie das Hacken ausländischer Computersysteme erlauben.

Das inzwischen vertagte BÜPF dürfte am letzten Tag der Wintersession am 18. Dezember verabschiedet werden. Die Sammelfrist für das Referendum wird also in Wintermonate fallen. Das genaue Startdatum hängt von der Veröffentlichung im Bundesblatt ab. Die AL wird sich an beiden Referenden aktiv beteiligen.

Manuel Sahli

Menschen statt Banken

«Für Menschen statt Banken» heisst einer der AL-Slogans für die Nationalratswahlen. Gemeint ist damit eine Politik, die sich nicht an den Prioritäten und am Diktat der Geld- und Kapitalmärkte orientiert, wie es sich aktuell etwa in der neoliberal inspirierten Austeritäts-, Sozialabbau- und Knebelungspolitik der Eurogruppe und der EZB gegenüber Griechenland und der Syriza-Regierung manifestiert.

«Für Menschen statt für Banken» steht aber auch für eine dezidierte Politik der Rückverteilung des produzierten gesellschaftlichen Reichtums.

Ich spreche hier bewusst von Rückverteilung, denn die Umverteilung findet aktuell bereits statt oder wird angestrebt – in die gegenteilige Richtung.

In den letzten Jahren haben bürgerliche Mehrheiten in den Parlamenten von Bund und Kanton – manchmal mit, manchmal ohne Erfolg – versucht, die Steuerlasten von den Reichen und den Unternehmen auf das Gros der Bevölkerung zu verschieben. Die AL hat sich stets konsequent gegen all diese Umverteilungsversuche zur Wehr gesetzt. Aber nicht nur.

Die AL hat auch offensiv für die Abschaffung bestehender Privilegien gekämpft. Etwa mit ihren erfolgreichen Initiativen in Zürich und Schaffhausen für die Abschaffung der Pauschalsteuer für ausländische Multimillionäre.

Mit unserer eidgenössischen Pauschalsteuer-Abschaffungsinitiative haben wir nicht reüssiert, aber in der Deutschschweiz mit 45% Ja immerhin einen Achtungserfolg erzielt.

AL-Pauschalsteuer-Initiative bringt die Wende

Nur hauchdünn sind 2007 und 2008 der Merz'sche Unternehmenssteuer-Bschiss und sein kantonales Pendant durch die Volksabstimmung gekommen.

Nach dem Ja zur kantonalen Pauschalsteuer-Initiative der AL Zürich im Februar 2009 hat sich der Wind gedreht.

Seither haben die Bürgerlichen im Kanton alle Steuerabstimmungen verloren: Abschaffung der höchsten Progressionsstufe (Mai 2011), Senkung der Kapitalsteuer für Unternehmen (Juni 2012, von der AL lanciertes Gemeindereferendum), Senkung der Grundstückgewinnsteuer (März 2013).

Privilegien-Bolzen der Grundeigentümer-Lobby

Besonders hartnäckig beim Privile-

gien-Bolzen sind die Lobbyisten der Haus- und Grundeigentümer. 2003 ist es ihnen gelungen, mit einer heuchlerischen Kampagne im Kanton die Handänderungssteuer abzuschaffen und so den Gemeinden 120 Millionen Franken Steuereinnahmen zu entziehen.

Mit dem eidgenössischen Fusionsgesetz (2003) sind Grundstücksgewinne bei Fusionen von der Steuer befreit worden. Die Liste liesse sich beliebig verlängern.

Aktuell im Fokus steht eine massive Reduktion der Grundbuchgebühren im Kanton. Nachdem die AL das Referendum beschlossen hatte, haben AL, Grüne und SP zusammen das Kantonsratsreferendum ergriffen, im März 2016 wird abgestimmt.

Grosskampf 2016: Die Unternehmenssteuerreform III

Der grosse steuerpolitische Showdown steht aber erst noch bevor. Seit 2007 machen OECD wie EU Druck auf die Schweiz, ihre kantonalen Steuerprivilegien für Holding- und Briefkastenfirmen abzuschaffen.

Speziell im Visier sind die sogenannten «gemischten Gesellschaften», darunter zahlreiche Rohstoff-Firmen wie Glencore, Transfigura & Co. Diese Unternehmen müssen kantonal nur die im Inland erzielten Gewinne versteuern, in der Regel höchstens ein Fünftel des ausgewiesenen Gesamtgewinns.

Noch mehr Steuerrabatte für Banken und Versicherungen?

Die Abschaffung dieser Privilegien ist mehr als angesagt. Geht es nach den Lobbyisten von economiesuisse, sollen jedoch in den Kantonen parallel dazu die Steuersätze für alle Firmen generell massiv gesenkt werden.

Eine neue Runde im interkantonalen Steuerdumping-Wettbewerb soll eingeleitet werden.

Auch im Kanton Zürich bestehen Pläne, die Unternehmenssteuern bis auf die Hälfte herabzusetzen. In unserem Kanton käme eine solche Senkung pri-

Für Menschen statt für Banken.



f Alternative Liste ZH

AL
Alternative Liste

am 18. Oktober **Liste 19**
Unbestechlich, unbequem, links.

mär den Banken und Versicherungen zugute.

Nach ein paar gewinnsteuerfreien Jahren würden UBS und Credit Suisse ein dauerhaftes dreistelliges Millionen-geschenk erhalten. Im Bund wie im Kanton wird die AL hier energisch Gegensteuer geben.

Niklaus Scherr

Grundbuchgebühren kommen vors Volk

Am 28. Februar 2016 wird darüber abgestimmt, ob die Grundbuchgebühren gesenkt und 15 Millionen Einnahmen dem Kanton entzogen werden. Die AL drohte, das Referendum zu ergreifen, eine rot-grüne Koalition hat dann im Kantonsrat beschlossen, die Arbeit zu erleichtern und das Behördenreferendum ergriffen. Die AL war selbstverständlich mit dabei. Damit wir auch ohne Unterschriftensammlung eine wirkungsvolle Kampagne führen können, müssen wir bereits mit der Planung beginnen. Wer Lust hat, sich aktiv einzubringen, kann sich gerne auf dem Sekretariat melden. sekretariat@al-zh.ch.

EWZ bleibt öffentlich

Nächstes Jahr werden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Stadt Zürich entscheiden, ob sie auch in Zukunft noch etwas zur Energieversorgung und –politik zu sagen haben oder nicht.

Schon vor 15 Jahren hat die AL mit einer erfolgreichen Kampagne die von den Stadträten Thomas Wagner (FDP) und Elmar Ledergerber (SP) vorangetriebene Vorlage zur Privatisierung des ewz in der Volksabstimmung versenkt.

Suchte Wagner in der Privatisierungseuphorie der 1990er-Jahre noch mit einer Aktiengesellschaft den Erfolg, ist sein Nachfolger, FDP-Stadtrat Andres Türlér, bei der aktuellen Neuauflage vorsichtiger.

Jetzt soll es eine öffentlich-rechtliche Anstalt richten und allenthalben wird betont, dass dies keine Privatisierungsvorlage sei und dass sich eigentlich gar nichts ändere.

Bei solchen Schalmeienklängen empfiehlt es sich immer, das Kleingedruckte zu studieren und nach Risiken und Nebenwirkungen zu fragen.

Nebenwirkungen

Fragen wir bei unverdächtigter Stelle nach. Was schreibt der Regierungsrat des Kantons Zürich in seiner Weisung zum neuen Gemeindegesetz über die öffentlich-rechtliche Anstalt? Mit der Ausgliederung in eine Anstalt wird «der Aufgabenbereich den demokratischen Entscheidungsprozessen entzogen». Treffender hätte ich es auch nicht sagen können. Für die Ausgliederung des ewz bedeutet das konkret, dass in Zukunft ein Verwaltungsrat die Geschicke des «Unternehmens» leiten wird.

Stadtrat, Gemeinderat und das Volk werden in Zukunft die «politisch-strategische Steuerung» übernehmen. Das bedeutet im Klartext: das Stimmvolk und seine gewählten VertreterInnen im Gemeinderat dürfen die Sonntagsreden halten, der Rest wird von Montag bis Freitag durch einen Verwaltungsrat entschieden.

Ein Verwaltungsrat, der allein schon wegen seines Informationsvorsprungs uns allen Schnee als Wasser und umgekehrt wird verkaufen können.

Und ausdrücklich ermöglicht wird mit der Vorlage des freisinnigen Energiegenerals Türlér die nachfolgende «echte» Privatisierung zahlreicher Teilbereiche. Einer Zerstückelung des stolzen Zürcher Energiewerkes stünde damit nichts mehr im Wege.

Wie kurz der Weg von der öffentlich-rechtlichen Anstalt zur privaten Aktien-

gesellschaft ist, zeigt das erhellende Beispiel des Kantonsspitals Winterthur. In einem ersten Schritt 2009 in eine Anstalt umgewandelt, soll es jetzt, ganze sechs Jahre später, vollprivatisiert und in eine AG umgewandelt werden. Begründung: es brauche mehr Flexibilität und auch die Möglichkeit für Dritte, sich daran zu beteiligen.

Risiken

In einem privatwirtschaftlichen Unternehmen trägt der selbständig agierende Verwaltungsrat wenigstens alle Risiken seines Tuns oder Lassens. Nicht so in einer öffentlich-rechtlichen Anstalt:

Alle unternehmerischen Risiken tragen schlussendlich die Stadt Zürich und ihre steuerzahlenden Bürgerinnen und Bürger.

Hat sich der Verwaltungsrat bei einem Investment in europäische Windanlagen oder Transaktionen an der Strom-

börse verspekuliert oder bleiben die Erträge der Glasfaserinfrastruktur unter den gesetzten Erwartungen? Kein Problem: Die Stadt zahlt drauf und der Verwaltungsrat geschäftet weiter.

Die Alternative

Wer wie die AL eine demokratisch abgestützte und kohärente Energiepolitik der Stadt Zürich mit dem Ziel 2000-Watt-Gesellschaft und günstige Tarife verfolgt, muss den gegenteiligen Weg einschlagen: Statt das ewz auszugliedern, sollte vielmehr die AG Energie 360° AG – so nennt sich heute die 1999 privatisierte Gasversorgung Zürich – wieder unter städtische Kontrolle zurückgeführt werden.

Damit können alle städtischen Netze – Strom, Gas, Fernwärme, Telekom und IT – zu einer zentralen kommunalen Infrastruktur zusammengeführt werden.

**Andreas Kirstein, Gemeinderat
AL-Fraktionspräsident**



AL-Fraktion ergreift die Initiative



Der Kantonsrat hat zu zwei Volksinitiativen Stellung genommen, die von zwei AL-KantonsrätInnen mitinitiiert wurden. Im Initiativkomitee der Bildungsinitiative engagiert sich Judith Stofer, in der

Lohndumping-Initiative Markus Bischoff.

Die Bildungsinitiative ist eine Antwort auf die Ökonomisierungstendenzen des öffentlichen Bildungssystems. Sie verlangt einen Zusatzartikel in der Kantonsverfassung, welcher den unentgeltlichen Zugang zu allen öffentlichen Bildungseinrichtungen für alle im Kanton wohnhaften Kinder und Jugendlichen festschreibt. Die Mehrkosten für den Kanton würden rund 110 Millionen Franken betragen. Bei einem Bildungsaufwand von 3,4 Milliarden Franken sind dies tragbare Mehrkosten. Für ein Land, das einzig auf die Ressource Bildung setzen kann, ist es gut investiertes Geld. 41 Kantonsrätinnen und Kantonsräte der AL und SP unterstützten die Bildungsinitiative, der Rest lehnte sie ab.

Bevor der Rat die Grundsatzdebatte

zur Lohndumping-Initiative führen konnte, musste er zuerst über die Gültigkeit der Initiative beschliessen. Die FDP hatte einen Antrag auf Ungültigkeitserklärung gestellt. Nur 49 KantonsrätInnen (FDP und GLP) stimmten dem Antrag zu, nötig wären aber zwei Drittel der anwesenden Ratsmitglieder gewesen.

Markus Bischoff strich in der Debatte hervor, dass es der Gewerkschaft UNIA gelungen ist, innert eines Wochenendes 7000 Unterschriften für die Lohndumping-Initiative zu sammeln. «Das ist eindeutig Zürcher Rekord, noch nie wurde eine Volksinitiative, für die man sechs Monate Zeit hat, an einem einzigen Wochenende gesammelt.» Dies zeige, dass das Problem den Leuten unter den Nägeln brenne. Markus Bischoff: «Mit der Initiative haben wir ein schnittiges Instrument, um Lohndumping zu verhindern.» Er forderte die bürgerliche Ratsseite auf, aus ihren ideologischen Schützengräben herauszukommen und das Problem des Lohndumpings in vielen Branchen anzugehen. 61 KantonsrätInnen der AL, EVP, der Grünen und SP unterstützten die Volksinitiative, 110 KantonsrätInnen lehnten sie ab.

**Judith Stofer
Kantonsrätin AL**

Kommission from Hell



Ganz nach dem Motto «geteiltes Leid ist halbes Leid» werde ich euch heute ein wenig über meine Spezialkommission «Polizei und Verkehr» erzählen, die auch liebevoll Kommission from Hell genannt wird.

Nach über einem Jahr kann ich ihren Ruf verstehen, denn hier sitzen sich jeden Donnerstag links-grüne Zweirad-Apologeten und bürgerliche Parkplatz-Zähler gegenüber.

Hier werden wichtige Fragen besprochen, wie «kann ich mit einer Strumpfhose auf diese Parkbank sitzen ohne dass sie kaputt geht?» oder ob man nicht mit Booten bei Massenpaniken z.B. beim Zürifest evakuieren kann. Bei solchen Fragen ist Contenance gefragt, denn am liebsten würde man laut loslachen.

Man beschäftigt sich unter anderem mit Platzgestaltung, hier wird vor nichts Halt gemacht, wir schauen uns Brunnen-

kataloge und Parkbankkataloge an und jeder gibt seinen Senf dazu. Hier kommt das Milizsystem an meine Grenzen.

Aber das Schlimmste an der ganzen Sache ist, dass ich mich durchaus wohl fühle in dieser Hölle. Was sagt das über mich aus? Ich wollte in diese Kommission von Anfang an. Würde ich mich wieder für sie entscheiden? Ich muss leider gestehen: JA.

Denn in meiner kleinen Hölle treffen Ideologien hart aufeinander, es wird politisiert und ich lerne jedes mal dazu. Wir ackern Themen durch, stellen genaue Fragen und haben durchaus auch spannendere Themen als Parkplätze, z.B. die Zentrale Ausnüchterungszelle, Video-konzepte oder auch den Bericht über die Prostitutionsgewerbeverordnung.

Also hilft nur eins: Augen zu und durch, das Beste draus machen und sich wie jetzt ab und zu den Frust von der Seele schreiben. Denn am Schluss frage ich mich, ist es in der Hölle nicht spannender als im Himmel?

**Christina Schiller
Gemeinderätin AL**

AL-InhALte mit Biss:

27. August: Andreas Kirstein kritisiert in einer **Medienmitteilung** den Plan des Stadtrates, die Erstellung und Betreibung des **Fernwärme-Konstrukts** für Höngg und Altstetten der privaten «Limmattal Energie AG» zu überlassen.

30. August: Markus Bischoff verliert im Kantonsrat eine **Fraktionserklärung** für die Abschaltung des AKWs Beznau: «**Beznau vom Netz Now**».

1. September: Die AL stellt sich in einer **Medienmitteilung** vehement gegen die **Ausgliederung des ewz** und den damit einhergehenden Verlust der demokratischen Kontrolle.

3. September: Die Kantonsratsfraktion kritisiert in einer **Medienmitteilung** die Verharmlosung von **Staatstro-**



janern, die der Regierungsrat betreibt und das Vorhaben des Bundesrates, eine gesetzliche Grundlage dafür zu schaffen.

6. September: Die AL protestiert mit einer **Störaktion** bei der Eröffnung des neuen Pfingstweidparks gegen die **Gentrifizierung**, die die öffentliche Hand mit diesem Projekt zugunsten von Immobilienhaien wie Mobimo und Losinger-Marazzi bewirkt.

9. September: Richi Wolff nimmt in der **Gemeinderatssitzung** Stellung für **FlüchtlingsaktivistInnen** und spricht über die bereits laufende Untersuchung zu den Vorfällen zwischen der Polizei und DemonstrantInnen bei der Flüchtlingsdemo am 5. September.

10. September: Nationalratskandidierende der AL stellen bei einer **Medienkonferenz** die **Liste 19** vor.

17. September: «Wer soll das bezahlen?» Die AL gibt die Antwort auf die Frage der **Kinderbetreuung** mit einem **Podium** zur AL-Initiative «bezahlbare Kinderbetreuung für alle».

18. September: In einer **Medienmitteilung** kritisiert die Kantonsratsfraktion den Budgetentwurf 2016 und weist auf die strukturellen Defizite hin.

Refugees Welcome!



In Deutschland werden im Lauf dieses Jahres 800 000 Flüchtlinge erwartet. Vielleicht werden es auch viel mehr sein. Angela Merkel

sagt: «Wir schaffen das!»

Da müsste es doch auch die Schweiz schaffen, flüchtenden Menschen Unterkunft, Arbeit, Anerkennung und Sicherheit zu bieten. Das Zürcher Stadtparlament hat gerade am letzten Mittwoch verlangt, dass die Stadt Zürich zusätzliche 1 000 Flüchtlinge mehr – über das Kontingent hinaus – aufnimmt. Ein Tropfen auf den heissen Stein, angesichts der weltweiten humanitären Katastrophen, aber immerhin ein Zeichen.

Zürich hat bereits in der Vergangenheit immer wieder Gruppen von verfolgten, bedrohten Menschen aufgenommen. Ungarinnen, Tschechen, Tibeter, Chileninnen, Tamilinnen, Bosnier und Somalier haben hier eine Heimat gefunden. Sie haben dazu beigetragen, dass unser Land vielfältiger und interessanter geworden ist.

Migrationsbewegungen gehören zur Geschichte der Menschheit und es wird sie immer geben. Sie wirken kulturell befruchtend.

Es ist keine zwei Generationen her, da war auch die Schweiz ein Auswanderungsland. Es war eine Flucht vor Armut und Hunger. Wirtschaftsflüchtlinge würden diese Menschen heute wohl genannt werden. Hunderttausende bekamen in Süd- und Nordamerika, Australien, Neuseeland, aber auch im nahen Europa die Chance, sich eine menschenwürdige Existenz aufzubauen.

Nun ist es umgekehrt. Seit Jahrzehnten ist die Schweiz ein Einwanderungsland und ist ein Beispiel dafür wie Integration funktionieren kann, ohne hohe Jugendarbeitslosigkeit, ohne Ghettos.

Wir werden es nicht nur schaffen, mehr flüchtende Menschen aufzunehmen, es wird uns bereichern, in jedem Sinne des Wortes. Damit das aber gelingen kann, braucht es echte Solidarität, Wohnraum, Bildung, Arbeit und Bürgerrechte. Daran müssen wir arbeiten für eine funktionierende, vielfältige Gesellschaft.

Richard Wolff

Die AL empfiehlt für den Ständerat..

Die AL selber tritt im Ständeratswahlkampf nicht mit einer eigenen Kandidatur an, steht also vor der Frage, ob sie eine Wahlempfehlung für andere abgeben soll und wenn ja für wen. Im Vordergrund steht, wenn überhaupt, die Unterstützung der Kandidaten von SP und Grünen, speziell von Daniel Jositsch als dem aussichtsreichsten Kandidaten von Mitte-Links.

Das Negative vorweg: Die Law-and-Order-Positionen von Daniel Jositsch - ob sie taktisch-ektoral gemeint sind oder echter Überzeugung entspringen, spielt keine Rolle – liegen nicht auf meiner politischen Wellenlänge und Bastien Girod politisiert mir zu sehr Mitte und zuwenig links.

Nur eben: reicht das, um als Partei abseits zu stehen und auf eine Empfehlung zu verzichten? Bei den letzten Regierungsratswahlen hat eine Mehrheit gegen starke innere Widerstände für ein Päckli mit SP und Grünen votiert und die unverdauliche Kröte Mario Fehr geschluckt, weil wir im Gegenzug eine Unterstützung für unseren Kandidaten Markus Bischoff erhielten. Ich habe damals dagegen gestimmt und bin heute für eine Unterstützungsparole Jositsch/Girod.

Ist das unlogisch? Nein. Mit Markus Bischoff hatten wir eine eigene valable Alternativkandidatur im Kampf um einen Regierungssitz, auf die wir voll setzen konnten. Beim Ständerat stehen wir mit leeren Händen da. Realpolitisch geht der Kampf darum, die seit Jahrzehnten bestehende bürgerliche Doppelvertretung zu brechen und einen Sitz für Mitte-Links – ich sage bewusst nicht: für die Linke - zu holen.

Die Mehrheitsfraktion der AL-Stimmenhalter betont, dass wir bloss für den ersten Wahlgang keine Parole ausgeben. Falls Noser im ersten Durchgang gewählt wird, ist offenbar auch für sie klar, dass im zweiten Wahlgang für das dann wahrscheinliche Duell Jositsch – Vogt bei allen politischen Vorbehalten eine Parole angezeigt wäre.

Warum sich also jetzt zieren und vornehm abwarten? Für den ersten Wahlgang und die weitere Ausmarchung ist es entscheidend, dass Jositsch möglichst gut abschneidet und deutlich vor Vogt und Bäumle liegt. Und dazu kann auch eine Unterstützungsparole der AL beitragen.

Niggi Scherr

Eine Empfehlungsausmachung hätte zwischen Jositsch und Girod stattgefunden. Hätten wir abgestimmt, hätten beide linken Kandidaten Unterstützung gefunden.

Die Entscheidung, auf eine Wahlempfehlung zu verzichten, ist konsequent, denn wir sind mit beiden Parteien eine Listenverbindung eingegangen und so ist es nur logisch, dass wir uns für den ersten Wahlgang nicht festlegen wollen. Dies mag einige stören, sollten wir doch als Partei im Sinne einer Dienstleistung unserer Wählerschaft die Möglichkeit geben, so zu wählen, wie wir das tun.

Man könnte meinen, wir sollten uns mit voller Überzeugung hinter eine linke Kandidatur stellen wollen, doch wir wollen das nicht können. Denn das Problem liegt tiefer begraben. Wenn es die Linke mal wieder nicht schafft, sich im Vorfeld einer Wahl, bei der der Erfolg der Bürgerlichen quasi Tradition ist, gemeinsam auf einen einzigen valablen Kandidaten zu einigen und diesen gemeinsam und mit voller Kraft durch den ersten Wahlgang ins Stöckli zu befördern, dann muss sich niemand wundern, wenn die AL sich im ersten Wahlgang nicht festlegen möchte. Denn hey: die Linke schafft es einfach nicht, sich zu solidarisieren und wo nötig gemeinsam gegen die Bürgerlichen anzutreten!

Diese Schlagkraft ist irgendwie abhanden gekommen und es geht oft mehr um die persönliche Profilierung Einzelner und der Parteien statt gemeinsam zielführend zu wirken. Wir wollen bei diesem Spiel nicht mitmachen, respektive halten uns die Möglichkeiten offen, denn sind wir ehrlich: gibt es zwei linke Kandidaturen, dann schert sich unsere Basis nicht um unserer Empfehlung!

Natürlich wäre es logischer, von vornherein die eher erfolgsversprechende Kandidatur Jositsch zu unterstützen, andererseits bietet sich hier mit Girod eine wählbare Alternative zum SP-Hardliner.

Und es wird so oder so zu einem zweiten Wahlgang kommen, bei dem wir hoffen können, dass sich die beiden Linken nicht gegenseitig kannibalisieren und nicht auf den ganz aussichtslosen Plätzen landen. Und dann, ja erst dann, wird sich die Linke geschlossen hinter ihren Kandidaten stellen. Eventuell ist es dann zu spät. Wahlempfehlung im ersten Wahlgang hin oder her.

Dayana Mordasini